

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

14. Ministerrat

20. April 2022

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 30. März 2022, mit dem ein Beschluss vom 10. März 2022 betreffend „Erhöhung des Zweckzuschusses des Bundes für Elementarpädagogik“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 30. März 2022, mit dem ein Beschluss vom 10. März 2022 betreffend „Erhaltung der Neutralität“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 30. März 2022, mit dem ein Beschluss vom 10. März 2022 betreffend „Ausreichende Finanzierung des Österreichischen Bundesheeres“ vorgelegt wird.
4. Schreiben der Landeshauptfrau von Niederösterreich vom 30. März 2022, mit dem ein Beschluss vom 24. März 2022 betreffend „Stärkung der militärischen Sicherheit durch langfristige Erhöhung der Regelbudgets für das österreichische Bundesheer“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 31. März 2022, mit dem ein Beschluss vom 24. März 2022 betreffend „Stärkung des gemeinnützigen Wohnbaus und Verbesserung der Rechte von Mieterinnen und Mieter“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 5. April 2022, mit dem ein Beschluss vom 24. März 2022 betreffend „Voraussetzungen für Pflege und Betreuung mit Zukunft“ vorgelegt wird.
7. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 31. März 2022, mit dem ein Beschluss vom 23. März 2022 betreffend „Strafgeldwidmungen auf Landesstraßen B“ vorgelegt wird.
8. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 31. März 2022, mit dem ein Beschluss vom 23. März 2022 betreffend „Dezentralisierungsoffensive des Bundes; Novellierung des Art 5 (1) B-VG“ vorgelegt wird.
9. Schreiben des Amtes der Kärntner Landesregierung vom 22. März 2022, mit dem eine Resolution vom 22. März 2022 betreffend „Breitbandausbau“ vorgelegt wird.
10. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 30. März 2022, mit dem ein Beschluss vom 30. März 2022 betreffend „Versorgung der Flüchtenden aus der Ukraine und Kostentragung“ vorgelegt wird.

11. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 31. März 2022, mit dem eine Resolution vom 30. März 2022 betreffend „Aufnahme von schutzsuchenden afghanischen Frauenrechtsaktivistinnen“ vorgelegt wird.
12. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 31. März 2022, mit dem eine Resolution vom 30. März 2022 betreffend „Raus aus Gas in der Wärmeversorgung“ vorgelegt wird.
13. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 31. März 2022, mit dem eine Resolution vom 30. März 2022 betreffend „Verurteilung des Angriffes auf die Ukrainische Republik“ vorgelegt wird.
14. Schreiben des Bürgermeisters von St. Pölten vom April d.J., mit dem eine Resolution vom 28. März 2022 betreffend „Für ein wirkungsvolles Ersatzmaßnahmenpaket mit sozial treffsicherem Lenkungseffekt gegen die Energiepreisexplosion“ vorgelegt wird.
15. Schreiben des Bürgermeisters von Steyr vom März d.J., mit dem eine Resolution vom 10. März 2022 betreffend „Maßnahmen gegen das Bankensterben“ vorgelegt wird.
16. Schreiben des Bürgermeisters von Mödling vom März d.J., mit dem eine Resolution vom 19. März 2022 betreffend „Frieden und die humanitäre Unterstützung von geflüchteten Menschen aus der Ukraine“ vorgelegt wird.
17. Schreiben des Bürgermeisters von Knittelfeld vom 29. März 2022, mit dem eine Resolution vom 28. März 2022 betreffend „Verschiebung der Airpower 2022 und Verwendung der dafür budgetierten Mittel für die Flüchtlingshilfe“ vorgelegt wird.
18. Schreiben des Bürgermeisters von Guntramsdorf vom 5. April 2022, mit dem eine Resolution vom 22. März 2022 betreffend „Bekanntnis zur immerwährenden Neutralität Österreichs“ vorgelegt wird.
19. Schreiben von zwei Gemeinden (Kematen a.d. Krems, Leonding), mit denen Resolutionen betreffend „Verzicht der Einhebung der Mehrwertsteuer und Abgaben auf Energiekosten“ vorgelegt werden.
20. Schreiben von 19 Gemeinden (Braunau a. Inn, Hagenberg, Klaffer am Hochficht, Marchtrenk, Goldwörth, St. Marien, Vöcklabruck, Walding, Altheim, Geinberg, Raab, Auerbach, Schalchen, Pettenbach, Krenglbach, Wartberg ob der Aist, Gschwandt, Wernstein am Inn, Spital am Pyhrn), mit denen Resolutionen betreffend „Spürbares Entlastungspaket zur Eindämmung der hohen Energiekosten“ vorgelegt werden.
21. Schreiben von 22 Gemeinden (Walding, Achau, Klaffer am Hochficht, Rohrbach-Berg, Vorchdorf, Krenglbach, Lembach i.M., Wolfpassing, Sierning, Mettmach, Ulrichsberg, St. Oswald b. Freistadt, St. Johann am Wimberg, Munderfing, Auerbach, Waidhofen a.d. Thaya, Nappersdorf-Kammersdorf, Kematen a.d. Krems, Steyregg, Reingers, Brunnenthal, Euratsfeld), mit denen Resolutionen „Gegen Atomkraft als nachhaltige Investition in die Taxonomieverordnung“ vorgelegt werden.

22. Schreiben von 22 Gemeinden (Waldenstein, Jugendau-Baumgarten, Hollabrunn, Mitterkirchen, Emmersdorf a.D. Donau, Gschwandt, Eggenburg, Meiselsdorf, Freinberg, Sitzendorf a.d. Schmida, Weitersfeld, Neukirchen, Echtenbach, Manning, Schönau im Mühlkreis, Pernitz, Haugschlag, Bad Leonfelden, Allerheiligen i. M., Andlersdorf, Obertraun, Herzogsdorf), mit denen Resolutionen "Gegen Atomkraft als nachhaltige Investition in die Taxonomieverordnung" vorgelegt werden.
23. E 248-NR/XXVII.GP vom 24. März 2022 betreffend „Ausstattung von Gebäuden des Bundesheers mit Photovoltaik-Anlagen“ (Wortlaut siehe Beilage).

Entschließung

des Nationalrates vom 24. März 2022

betreffend Ausstattung von Gebäuden des Bundesheers mit Photovoltaik-Anlagen

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Landesverteidigung, wird aufgefordert, die Anschaffung und Inbetriebnahme von inselfähigen Photovoltaik-Anlagen mit Batteriespeicher auf Gebäuden des Bundesheers zu prüfen. Durch die Erzeugung von Strom durch Photovoltaik soll Autarkie im Falle eines Blackouts gewährleistet werden.